Nr. 249. — Erstes Blatt.

Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 24. Oktober 1900.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich 1 M.; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 40 ₰ mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum 15 ₰, Reklamen 30 ₰.

Annahme von Anzeigen Breitestr. 41—42 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für die Monate **November** und **Dezember** für die einmal täglich erscheinende **Stettiner Zeitung** mit 67 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an. Die Stettiner Zeitung wird bereits Abends ausgegeben.

Die Redaktion.

Die Wirren in China.

Aus Veranlassung des deutsch-englischen Abkommens verlangt in einer sehr hochgestimmten Note der halboffiziöse Pariser „Matin", daß jetzt die Bande der französisch-russischen Allianz fester gezogen werden sollen. Das Blatt zählt nach dieser Unverschämtheit die Rechte Frankreichs auf, an denen seiner Ansicht nach nicht gerüttelt werden dürfe. Da nach den am 4. August 1898 vom französischen Bevollmächtigten Dubail mit dem Tsungliyamen ausgetauschten Briefen in den Grenzprovinzen Tonkings keine Aenderung der bestehenden Verhältnisse und Rechte eintreten solle und da die chinesische Regierung sich verpflichtet habe, keiner Macht, unter welcher Bedingung es sei, Land abzutreten, so besitze Frankreich das Recht, sich jeder Aenderung in Yünnan, Kuangsi und Kuangtung zu widersetzen. Ueberdies habe der französische Gesandte am 16. März einen amtlichen Brief des Tsungliyamen erhalten, demzufolge kein weiteres Abkommen mit England betreffs des Yangtse bestehe. Am 9. April 1898 sei durch diesen Briefwechsel zwischen Dubail und dem Tsungliyamen festgesetzt worden, daß Frankreich die Konzession für eine von der Grenze Tonkings nach Yünnanfu gehende Eisenbahn und dazu die Bai von Kuangtschauan auf 99 Jahre vermiethet bekomme. China versprach dabei noch, auf die französischen Empfehlungen betreffs der Persönlichkeiten, die in dem zu organisirenden chinesischen Postdienste verwendet werden sollen, Rücksicht zu nehmen. — Die im Bau befindliche Bahn von Laokai nach Yünnanfu sowie die von Langson nach Pakhoi mit deren Verlängerung nach Kuangtschauan verleihe Frankreich in jenen Provinzen ähnliche Rechte, wie Rußland sie für den Schutz seiner Linien in der Mandschurei geltend mache. Außerdem existire eine zu zwei Dritteln mit französischem Gelde gegründete französisch-belgische Gesellschaft, die die große Zentrallinie von Hankau nach Peking mit Durchfahrung von Hupeh, von Honan und von Petschili betreiben soll. Das Material soll zur Hälfte von der französischen und belgischen Industrie geliefert werden. Die Vorarbeiten für die 1250 Kilometer lange Bahn werden eifrig betrieben. Auf der Südseite seien die Erdschaufelungen für 300 Kilometer beendet. Die Theilstrecke Hankau-Sienyang sei im Begriffe, eröffnet zu werden. Im Honan haben die Arbeiten neu begonnen, im Norden werden bereits 145 Kilometer zwischen Lukutchiao und Paotingfu betrieben. Da Kaiser Wilhelm den Belgiern den Rückzug ihrer Legion anbefohlen (!!), habe Frankreich in jenen Provinzen auch die belgischen Rechte zu schützen. Französisches Kapital und die französische Industrie seien ausgiebig auch an der von der russisch-chinesischen Bank erbauten, von Taiyuanfu nach Tschingtingfu auf das Netz von Hankau nach Peking auslaufenden Querbahn betheiligt. Außerdem habe ein franko-belgisches Syndikat die Konzession für eine andere, von Singaufu, der jetzigen Residenz des Hofes, nach Honan führende Querbahn. — Diese Rechte seien durch den Tod von fünf Beamten besiegelt worden. — Der „Matin" wünscht zum Schlusse, den Telegraphenbeamten streng bestraft zu sehen, der nach der Londoner Mittheilung den Namen Rußlands bei Aufzählung der Mächte, denen das englisch-deutsche Abkommen mitgetheilt werden sollte, vergessen habe. Der Zusatz des Blattes läßt seiner Gesamtheit nach auf eine mehr russische als amtlich französische Quelle schließen. — Der „Petit Parisien", das Blatt des Landwirthschaftsministers Dupuy, warnt vor Zersplitterung der europäischen Kräfte in China und findet, daß das mit Rußland verbündete Frankreich aus dem deutsch-englischen Abkommen nur die Bestätigung seiner eigenen Politik, die sich der Eroberungen von Land begeben habe, herauslesen könne. — Der „Figaro" druckt ohne Gegenbemerkung die Note der Antwerpener „Metropole" nach, der zufolge Delcassé sich mit dem Abkommen um so mehr zufrieden geben könne, als Frankreich in China thatsächlich die geringsten Interessen habe.

Die „Köln. Ztg." meldet offiziös aus Berlin: Das Drängen der chinesischen Unterhändler auf Beginn der Friedensverhandlung mache den Eindruck, daß diese Herren noch gar nicht die wirkliche Lage erkannt haben, in der sie sich befinden. Sie unternehmen es sogar, ihrerseits den Mächten gegenüber Forderungen aufzustellen, während sie in erster Linie dafür sorgen müßten, daß ihrerseits das Gebiet der nichtssagenden schönen Redensarten endlich verlassen wird. Erfreulicherweise sei die Einigkeit der Großmächte gegenwärtig vollständig. Ueber die Grundlage der Friedensverhandlungen sei eine durchaus befriedigende Verständigung erzielt. Die gemeinsamen diplomatischen Verhandlungen sollen erst eröffnet werden, nachdem im Laufe der nächsten Woche die Gesandten in Peking wieder vereinigt sein werden.

Der „Ostas. Lloyd" berichtet in seiner letzten hier vorliegenden Nummer vom 14. September: In der Nähe des deutschen Schutzgebietes Kiautschou haben in der vergangenen Woche zweimal Unruhen stattgefunden, denen eine ernstere Bedeutung jedoch nicht beizumessen ist. Am 4. September griff ein Pöbelhaufe von 400 bis 500 Köpfen eine aus chinesischen Reitern und berittenen Seesoldaten zusammengesetzte Rekognoscirungs-Patrouille von 20 Mann an. Dank dem entschlossenen Eingreifen der beiden Offiziere, der Leutnants v. Rettberg und Dziobeck, war die Bande nach kurzer Zeit unter Zurücklassung von 30 bis 40 Todten auseinander gesprengt. Am folgenden Tage erfolgte ein Angriff von etwa 100 uniformirten Boxern auf die Bahn-Etappenstation Lansun zwischen Tsindtau und Kiautschou, der aber durch das Feuer der dort befindlichen Ingenieure und der kleinen, aus Seesoldaten bestehenden Bahnwache blutig abgewiesen wurde. In beiden Fällen sind auf deutscher Seite keine Verluste zu verzeichnen gewesen.

Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des Kommandeurs des österreichisch-ungarischen Detachements in Peking, Linienschiffs-Kapitäns Winterhalder, über die Belagerung der Gesandtschaften. Es wird darin mitgetheilt, daß am 22. Juni die vier in der englischen Gesandtschaft untergebrachten Gesandten dem englischen Gesandten Macdonald den Oberbefehl übertragen hatten, obwohl in der Nacht vorher die Detachements-Kommandanten dem Fregatten-Kapitän Thomann die Leitung der Vertheidigung übertragen. Trotzdem habe Thomann bis zu seinem Tode die Vertheidigung in Händen gehabt. — Ferner veröffentlicht die „Wiener Abendpost" das Schreiben des Admirals Seymour an den Fregatten-Kapitän Thomann und das Schreiben des Brigade-Generals Dorward an den kommandirenden Linienschiffs-Leutnant Indrak in Tientsin, in welchem die beiden englischen Militärs der ausgezeichneten militärischen Unterstützung und hervorragenden Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen höchste Würdigung zollten, wobei Seymour die Hoffnung aussprach, daß seine Expedition zur Festigung der glücklicherweise zwischen beiden Staaten bestehenden Freundschaft und Achtung beitragen werde.

Laut Meldung des Generalmajors Höpfner über Taku sind Einjähriger Huberten und der Seesoldat Nott vom 2. Seebataillon gestorben. Die in Holt wohnenden Eltern des Seesoldaten Anton Wiesel erhielten die Nachricht, daß ihr Sohn in Peking an Darmtyphus gestorben sei.

Den Gefallenen vom 3. Seebataillon widmet der Kommandeur desselben, Major Christ, folgenden Nachruf: Während der Einschließung von Peking in der Zeit vom 21. Juni bis 14. August starben den Heldentod für Kaiser und Vaterland der Gefreite Gölitz, die Seesoldaten Rentmeister, Strauß, Matthies, Tölle, Hentschel, Ebel, Gugel, Klaussen, Hohnke und Meinhardt. In schweren, aufreibenden Kämpfen gegen einen tausendfach überlegenen Gegner haben sie ihre im Fahneneide gelobte Treue mit ihrem Blute besiegelt. Als ein bewunderswerthes Beispiel für deutschen Heldenmuth, deutsche Tapferkeit und deutsche Pflichterfüllung bis zum Tode, werden sie unvergessen bleiben in den Herzen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und werden fortleben als leuchtendes Beispiel in der Geschichte des 3. Seebataillons.

Dem „Messager de Bruxelles" zufolge soll der König der Belgier die Zustimmung Frankreichs zur Betheiligung Belgiens an der Aktion in China unter der Form erlangt haben, daß Belgien sich an der Bildung einer internationalen Gendarmerie für China betheiligen könne, deren Errichtung beschlossen sein soll.

General Buller

versteht es, sein Verhalten in Südafrika zu entschuldigen. Auf seiner Reise nach Durban hatte er noch in Pietermaritzburg am 17. d. Mts. einen Ehrensäbel entgegenzunehmen, den ihm die Bevölkerung der Stadt gestiftet. Er hielt dabei eine längere Rede, in der er nach der „Daily Mail" u. A. Folgendes äußerte:

„Ich landete am 31. Oktober vorigen Jahres in Kapstadt, ein General ohne ein Heer. Meine Armee sollte mir folgen. Ich glaube nicht, daß irgend ein General mit Heer je einer so schwierigen Lage gegenüber stand wie ich, als ich in Kapstadt landete. Zu der Zeit waren Mafeking und Kimberley belagert, die zwei Hauptzugänge durch den Orange-Freistaat — Bethulie Bridge und Norvals Pont — in den Händen des Gegners, und Ladysmith war in solcher Lage, daß die Antwort auf mein erstes Telegramm dorthin mir sagte, daß es nicht lange dauern würde, bis auch dieser Ort belagert sei. Zu der Zeit standen in der Kapkolonie 2½ Bataillone Infanterie und ein Kavallerie-Regiment, und in Natal südlich von Ladysmith 2 Bataillone Infanterie und einige Freiwillige, die sich zur Vertheidigung ihres Herdes gesammelt hatten.

Meine Armee sollte nicht vor dem 22. Dezember — also in sieben Wochen — eintreffen, und ihr wichtigster Bestandtheil, die Kavallerie und Artillerie, sollte in Folge der zur Einschiffung der berittenen Truppen erforderlichen Zeit zu allerletzt ankommen. Was sollte ich thun? Die zwei Hauptzugänge in den Freistaat waren in den Händen des Gegners und, einschließlich der Reise von 600 (engl.) Meilen durch die Kapkolonie, würde es mindestens fünf Wochen in Anspruch genommen haben, nach Bloemfontein oder weit genug vorzurücken, daß man hätte hoffen können, die Situation in Natal zu beeinflussen. Hätte ich auf mein Heer gewartet und wäre dann vorgerückt, was wäre dann in der Zwischenzeit von zwölf Wochen in Natal geschehen? Was würde dem britischen Reich in Südafrika zugestoßen sein?

Ich glaube nicht, daß ein vernünftiger, mit den Verhältnissen vertrauter Mann hier ist, der nicht gesagt haben würde, daß, wenn keine weiteren Truppen in Natal innerhalb 12 Wochen angekommen wären, die Buren ganz Natal besetzt haben würden. Und wenn sie es gethan hätten, welchen Einfluß hätte das in Europa und auf die Leute daheim ausgeübt? Welches Elend hätte die Bevölkerung Natals erdulden müssen! Sogenannte militärische Kritiker in englischen, französischen und italienischen Zeitungen haben mich getadelt. Man hat mir gesagt, daß ich dem Gegner gestattet habe, mir meine Strategie zu diktiren, daß ich unfähig war, die Pläne auszuführen, die ich vor der Abreise von England gemacht hatte, aber man hat mir nicht gesagt, was die Wahrheit ist, daß die Verhältnisse sich während meiner Reise von England völlig geändert hatten. . . . Ich hatte mein Werk in Natal als verlorene Liebesmühe anzusehen begonnen und wußte, daß ich, wenn mir mein erster Versuch, Ladysmith zu entsetzen, nicht gelang, zu riskiren hatte, daß ich das Oberkommando der Armee in Südafrika verlor. Ich kam hierher, mein Bestes zu thun und that es. Ich kam hierher, und mein erster Versuch, Ladysmith zu entsetzen, mißlang mir. Ich verlor das Oberkommando in Südafrika und denke mit Recht. Ich hatte mir eine Aufgabe gesetzt und mußte sie lösen. Ich bin jetzt sehr froh, daß ich kam, da ich dadurch Gelegenheit erhielt, mit der tapfersten Armee vereint zu werden, die irgend ein General zu führen je die Ehre und das Vergnügen hatte."

Weiter sprach General Buller von den Schwierigkeiten des Feldzuges und Geländes. Der einzelne Soldat sei täglich im Feuer gewesen, und wohl kein Soldat in der Geschichte der Welt hätte derartiges durchmachen müssen. Kein General hätte bessere Informationen als er erhalten, und zwar von den Kolonisten in den Distrikten, durch die er gekommen sei. Er hätte den englischen Zeitungen und den deutschen Kritikern sagen wollen, daß Leute, die an Ort und Stelle lebten, am besten wüßten, was hätte geschehen sollen, und was gethan worden sei. Wenn General Hildyard nicht Ende November in Estcourt gewesen wäre, würden die Buren Pietermaritzburg genommen haben. Das wäre ein schreckliches Unglück gewesen und er (Buller) hätte sich seiner selbst geschämt, wenn er und Hildyards Leute in Kapstadt still gesessen hätten.

Die staatliche Gesundheitspflege.

Wenn in der Presse gegenüber den Ausführungen über die starke Zunahme der Staatsaufwendungen für Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft behauptet wird, daß die Gesundheitspflege finanziell stiefmütterlich behandelt worden ist, so mag diese Behauptung für die Vergangenheit bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein. Es ist richtig, daß in dem alten Preußen von 1849 bis 1867 die Medizinalverwaltung an der Vermehrung des Staatsaufwandes für Kulturzwecke so gut wie keinen Antheil hatte. Nach 1870 ist das erste Jahrzehnt aus dem Grunde nicht wohl zur Vergleichung heranzuziehen, weil in demselben das Ressort der dem Kultusminister unterstellten Medizinalverwaltung durch die Abtrennung theils des Veterinärwesens, theils der auf die Provinzen übergegangenen Verwaltungszweige, z. B. des Irrenwesens, wesentlich eingeschränkt worden ist. Aber in dem Jahrzehnt von 1880 bis 1890, in welchem die stärkste Zunahme der Staatsausgaben für das Ressort des Kultusministers Platz griff, sind die dauernden Ausgaben für die Medizinalverwaltung nur von 1 380 000 auf 1 460 000 Mark, also nur um rund 7,5 Prozent gestiegen. In dem letzten Jahrzehnt hat sich das Verhältniß indessen ungleich günstiger für die Medizinalverwaltung gestaltet. In diesem sind die dauernden Ausgaben bis auf nahezu 2 Millionen Mark, oder um etwa 25 Prozent gestiegen. Die Medizinalverwaltung hat daher an der stärkeren Dotirung der Fonds für Kulturzwecke voll theilgenommen. Es kommt hinzu, daß in diesem Jahrzehnt das Extraordinarium der Medizinalverwaltung in solcher Höhe ausgebracht worden ist wie nie zuvor. Es sind durch den Staatshaushalt in dieser Zeit mehr als drei Millionen Mark an einmaligen Ausgaben für Sanitätszwecke bereit gestellt worden, von denen der größte Theil in die allerletzten Jahre fällt. Diese Aufwendungen haben zu einem Theil die Natur der Ergänzung der in dem Ordinarium vorgesehenen Ausgaben. Wie stark die Bemessung des Ordinariums in dieser Zeit war, erhellt am besten, wenn man erwägt, daß in dem vorhergehenden Jahrzehnt wenig mehr als 1 Million, in dem Jahrzehnt von 1870 bis 1880 nur 374 000 Mark für einmalige Ausgaben der Medizinalverwaltung flüssig gemacht worden sind. Und zwar hat sich diese vergleichsweise starke Vermehrung der Aufwendungen für die Gesundheitspflege im letzten Jahrzehnt vollzogen, obwohl die sehr erheblichen Mehrkosten der im vorigen Jahre gesetzlich festgelegten Reorganisation der staatlichen Medizinalverwaltung in der Kreisinstanz in dem Staatshaushaltsetat des laufenden Jahres noch nicht in Erscheinung getreten sind, vielmehr erst durch den nächstjährigen Staatshaushaltsplan flüssig gemacht werden können. Das Ordinarium des Etats der Medizinalverwaltung wird daher in dem Etat für 1901 in sehr viel höherem Betrage erscheinen als in dem des laufenden Jahres, wo es mit nahezu 2 Millionen Mark dotirt war. Prüft man die Entwickelung der Dinge an der Hand der Zahlen, so ergiebt sich auch betreffs der Medizinalverwaltung, daß unter der jetzigen Finanzverwaltung die Kulturaufgaben nirgends leiden, vielmehr die staatlichen Aufwendungen auf diesem Gebiete überall stark gewachsen sind.

Deutschland.

Berlin, 23. Oktober. In einem Ministerialerlaß wurde seinerzeit die Anregung zu einer religiös-erziehlichen Einwirkung auf die Schüler der gewerblichen Fortbildungsschulen gegeben. Bislang scheint dieser Erlaß in verschiedenen Provinzen nur wenig Beachtung gefunden zu haben; denn neuerdings werden regierungsseitig die Verwaltungsbehörden mit besonderem Nachdruck zur Förderung dieser Angelegenheit aufgefordert. Dabei wird betont, daß überall, wo die Geistlichkeit, unterstützt von den Behörden, die Sache mit warmem Interesse verfolge, die segensreichen Wirkungen bald zu Tage treten würden. Einen eigentlichen Religionsunterricht in den Lehrplan aufzunehmen, sei im Allgemeinen nicht angängig; wohl aber solle den Geistlichen Gelegenheit geboten werden, im Anschluß an den Fortbildungsunterricht auf die Zöglinge einzuwirken. Die zum Fortbildungsunterricht versammelten Zöglinge sollten den Geistlichen auf deren Wunsch auf kurze Zeit vor oder nach dem Unterricht ein- oder zweimal in der Woche zur Verfügung gestellt werden. Diesen Dienst solle die Fortbildungsschule der heranwachsenden Jugend, über deren zunehmende Verrohung ja leider so viel geklagt werde, noch leisten. Selbstverständlich seien die konfessionellen Unterschiede streng zu wahren. Als zweiter Weg zur Pflege des religiösen Sinnes wird vorgeschlagen, den jungen Leuten für die freien Stunden, insbesondere an Sonn- und Festtagen, einen behaglichen Aufenthalt zu schaffen, wo ihnen neben anständigem Vergnügen, gutem Lehrstoff, gemeinsamen Gesängen rc., Vorträge erbaulicher und unterhaltender Art geboten werden sollen. Christliche Jünglingsvereine, Lehrlingsheime und ähnliche von kirchlicher Seite ins Leben gerufene Veranstaltungen sollen daher unterstützt werden.

— Zu den Preß-Erörterungen und Mittheilungen über das Verbleiben oder den Rücktritt von Staatsministern und Staatssekretären, die die Berufung des Grafen Bülow zum Reichskanzler begleitet haben, schreibt die „Nat.-Lib. Korr.":

Soweit wir uns zu unterrichten vermochten, wird vor der Hand keine weitere Veränderung weder im Reiche noch in dem preußischen Staatsministerium eintreten. Ob diese Situation Bestand hat, wird sich allerdings noch zu erweisen haben. Zu der Thatsache, daß Graf Bülow die Staatssekretäre und Minister besuchte, und Sonnabend Abend gegen 7 Uhr längere Zeit bei dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums gewesen ist, wird zwar eilfertig hinzugefügt, daß sich eine völlige Uebereinstimmung in der Auffassung aller Hauptfragen der inneren Politik ergeben habe. Wir wollen keineswegs bestreiten, daß eine solche nicht schon jetzt bestände. Dagegen glauben wir zu wissen, daß der Inhalt der Besprechungen des Reichskanzlers mit den genannten Persönlichkeiten nicht derart gewesen ist, daß man ihm unterstellen dürfte, er habe sich damit schon jetzt über alle Hauptfragen in der inneren Politik schlüssig gemacht. Es ist weit eher wahrscheinlich, daß erst die erste Staatsministerialsitzung unter dem Vorsitz des Grafen Bülow der Ausgangspunkt für Aeußerungen programmatischer Art sein wird. Im Uebrigen ist nicht zu vergessen, daß die Voraussetzung der Einheitlichkeit in der Leitung der Staats- und Reichsregierung nicht nur die gemeinsame Ueberzeugung über die zur erreichenden großen Ziele, sondern auch die gemeinsame Ueberzeugung über die zur Erreichung dieser Ziele zu wählende politische Methode ist. Gleichviel, was die Praxis ergeben wird, ob Minister gehen oder bleiben, soviel steht fest, daß weder Klerikalismus noch Radikalismus noch extreme Interessenpolitiker ihre Rechnung dabei finden werden; das ist bei einem Staatsmann ausgeschlossen, der Bismarck'sche Traditionen weiterzuführen gewillt ist.

— Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei in Görlitz bringt keine besonderen Ueberraschungen und keine erhebliche Debatte, die vielen Anträge werden, so weit sie nicht zurückgezogen werden, zum größten Theil angenommen, so ein Antrag Kopsch, welcher im Besonderen dahin geht, das Kultusministerium auf die Fürsorge für das Unterrichtswesen zu beschränken. Auch mit der „Kohlenfrage" beschäftigte sich der Parteitag, doch wurden die dazu gestellten Anträge abgelehnt. Die Anträge Munckels betreffend politische Maßregelungen wurden einstimmig angenommen, ferner ein Antrag von

Marguerithe.

[30] Roman von Marie Adelmi.

Sie hatte daher ihrem Grundsatze getreu auch die Briefe und Geschenke ihres Bruders, die derselbe ihr aus England für Marguerithe geschickt, und deren pünktliche Ablieferung sie ihm vor seiner Abreise versprochen hatte, zurückbehalten. Sie hatte übrigens gehofft, die lange Trennung werde ebenfalls dazu beitragen, seine Neigung erkalten zu lassen. Doch sie hatte sich getäuscht, Emanuels Liebe zu dem schönen Mädchen war nach seiner Rückkehr noch eben so glühend und heiß, wie sie vordem gewesen war, und Elsbeth sah wohl ein, daß sie allein nicht mit Erfolg des Bruders Absichten und Pläne zu durchkreuzen vermochte. Auch wollte sie nicht den Schein erwecken, als sei sie seinen Wünschen entgegen, um nicht seinen Argwohn zu erregen.

Es war kurz nach Emanuels Ankunft, dem Tag vor seinem Geburtstag, als Elsbeth eine kurze Abwesenheit ihres Bruders benützte, um ihren Vater auf seiner Komtoirstube aufzusuchen und ihn um eine kurze, dringende Unterredung bittend, von der Lage der Dinge in Kenntniß setzte. Als Beweise von der Richtigkeit ihrer Aussage zeigte sie ihm die unterschlagenen Briefe Emanuels, die Herrn Burkhardt jeden Zweifel benehmen mußten.

„Du hast wohl gethan, mich ins Vertrauen zu setzen," sagte Herr Rudolph Burkhardt, als seine Tochter mit ihrem Bericht zu Ende war, „ich will mir die Sache überlegen und sehen, was sich am besten thun läßt. Laß Dir einstweilen nichts anmerken und gehe jetzt hinunter, damit Dein längeres Verweilen hier nicht auffällt."

„Ich hoffe, Du wirst mich von Deinem Resultat in Kenntniß setzen, Papa, und erwarte, daß Du mich nicht verrathen wirst, denn Emanuel geriethe sonst außer sich vor Zorn, und ich hätte es für immer mit ihm verdorben."

„Darüber sei außer Sorge, mein Kind," versetzte Herr Burkhardt, liebevoll mit der Hand über Elsbeths blonden Scheitel streichend, „meine kluge Elsbeth soll sich nicht über mich zu beklagen haben."

Herr Burkhardt blickte seiner Tochter lange sinnend nach. „Schön ist sie nicht," sagte er leise vor sich hin, „aber sie hat Verstand, und damit kommt sie weiter. Emanuel hat ein hübsches Gesicht, das ist wahr, aber er ist unpraktisch und läßt sich zu sehr von seinen oft etwas sentimentalen Empfindungen leiten. Er wird nie ein tüchtiger Kaufmann werden und wird es nicht so weit bringen, wie ich es gebracht habe. Bah, das ist einst seine Sache! — Aber es sollte mich doch ärgern, wenn mein Vermögen, das ich mit so viel Mühe und Anstrengung zusammengehalten und vermehrt habe, so ohne alles Weitere einer eingebildeten Armenlehrerstochter zu Gute kommen sollte, die da meint, ihr feines Lärvchen wiege die Millionen auf, die meine Kinder einst von mir zu erwarten haben. — Fritz Paravicini hat um Elsbeths Hand angehalten, oder vielmehr der alte Paravicini hat es für ihn gethan, — nun, — er soll sie haben. Ich weiß es wohl, Fritz ist ein Lebemann und es ist dem alten Herrn nur darum zu thun, ihn durch die Ehe zu einem anderen Leben zu veranlassen, aber Elsbeth ist ganz die Frau dazu, die ihn zu leiten verstehen wird. Es ist eine gute Partie und sie wird ihr Glück machen."

Die Stimme seines Sohnes, der dem Gärtner einige Anweisungen für den morgenden Tag gab, drang in diesem Augenblick durch das geöffnete Fenster an Herrn Rudolph Burkhardts Ohr und erinnerte ihn an die Nothwendigkeit, einen Entschluß zu fassen. Lange schritt er nachdenklich im Zimmer auf und ab. Plötzlich blieb er stehen.

„Ja, so wird's gehen," sagte er leise vor sich hin, „und nun frisch an's Werk."

Dabei nahm er seinen gelben Strohhut vom Nagel und ging hinunter in den Garten, wo er Emanuel schon von Weitem an der Blutbuche stehen sah. Er schritt eilig auf ihn zu, legte seine Hand auf dessen Schulter und sagte in seiner gewöhnlichen kalten, scharfen Weise: „Ich habe mit Dir zu reden, Emanuel."

Der junge Mann schrak fast zusammen über die unerwartete Dazwischenkunft seines Vaters, denn er war ja eben im Begriff gewesen, auf die Geliebte zuzueilen, deren Anblick er so lange schmerzlich vermißt hatte. Doch er faßte sich schnell: „Ich stehe ganz zu Deinen Diensten, Papa," erwiderte er bereitwillig, „auch ich möchte über eine Angelegenheit mit Dir sprechen."

„So komm in's Haus," versetzte Herr Rudolph Burkhardt, und sie verließen mit einander den Garten.

Als Beide die Komtoirstube betreten hatten, rief Herr Burkhardt seinen Prokuristen, Herrn Kaspar Kirsch, und sagte diesem, er wünsche für die nächste halbe Stunde durchaus mit keinerlei Angelegenheit gestört zu werden, hierauf riegelte er die Thüre zu, schob seinem Sohn einen Sessel hin und nahm selbst auf seinem Komtoirstuhl Platz, dann hub er an:

„Emanuel, die Sache, über welche ich mit Dir zu reden habe, ist von der höchsten Wichtigkeit, und ich habe mir schon lange im Geheimen Vorwürfe darüber gemacht, Dich nicht früher davon in Kenntniß gesetzt oder doch wenigstens darauf vorbereitet zu haben. Ich hegte noch immer die Hoffnung, daß meine Befürchtungen grundlos sein möchten und wollte Dich nicht unnütz beängstigen." Hier machte er eine Pause, während sein Blick sorgenschwer auf die Erde geheftet war, dann fuhr er tiefseufzend weiter fort: „Ich muß Dir, lieber Sohn, nämlich die traurige Entdeckung machen, daß das Geschäft in letzter Zeit durch mancherlei Einflüsse von Außen her Stockungen und sogar bedeutende Verluste erlitten hatte. Die Haushaltung, die Bedürfnisse der Familie, Dein Aufenthalt in England forderten ebenfalls nicht unbedeutende Ausgaben, so daß ich mich genöthigt sah, um meinen Kredit zu erhalten, verschiedene Summen aufzunehmen, deren Rückzahlung in Kürze erforderlich ist, und wozu mir in diesem Augenblick alle Mittel fehlen. Mit einem Wort, wir stehen am Rande des Fallissements."

Der junge Mann war todtenbleich geworden, er starrte seinen Vater sprachlos vor Ueberraschung und Bestürzung lange an, ohne fähig zu sein, ein Wort hervorzubringen. Herr Rudolf Burkhardt schwieg eine Weile, um seinem Sohne Zeit zu lassen, das soeben Vernommene noch einmal zu überdenken und sich mit der Situation vertraut zu machen, dann begann er von Neuem:

„Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Emanuel, Dich nicht länger über den Stand der Dinge in Unkenntniß zu lassen, und ich hoffe in allen Stücken auf Deinen Beistand, Deine Kraft und Energie rechnen zu dürfen."

„Gewiß, Papa! — Wenn ich irgend etwas zur Verhütung oder zur Vermeidung des Unglücks beitragen kann, soll es gewiß geschehen, darauf kannst Du Dich verlassen."

„Ich habe es nicht anders von Dir erwartet, Emanuel, und habe auf Dich in der That meine letzte Hoffnung gesetzt."

„Und Du sollst Dich darin nicht getäuscht sehen, Papa! Ich werde Dir zeigen, daß ich meine Zeit wohl angewendet habe, und daß die Opfer, welche Du meiner Erziehung und Ausbildung gebracht, nicht umsonst waren."

Herrn Burkhardts Gesicht überflog einen Augenblick ein sardonisches Lächeln, das jedoch den Blicken des Sohnes entging, und er erwiderte lakonisch: „Ich will es hoffen."

„Und nun Papa," nahm der junge Mann das Wort, „sei so gut und weise mir von dieser Stunde meinen Platz im Komtoir an, und weihe mich in alle Einzelheiten ein, damit ich —"

„Halt —," unterbrach ihn sein Vater, „ich bin noch nicht zu Ende. Ich habe Dir gesagt, wir stehen am Rande des Abgrundes und ich zähle auf Deinen Beistand, dies war jedoch vorläufig anders gemeint. Zuerst will ich Dir meinen Hauptgläubiger nennen — es ist der Bankier Hindermann von Speyer in der St. Alban."

„Ah —" sagte Emanuel verwundert, „aber —"

„Unterbrich mich nicht," versetzte sein Vater scheinbar ungeduldig, „in Deine Hand ist es gegeben, uns Alle vom Ruin zu erretten."

„Ich verstehe Dich nicht, Papa."

„Ich werde deutlicher reden. Herr Hindermann besitzt ein enormes Vemögen, er ist vielleicht der reichste Bürger der Stadt. Er hat dabei nur ein einziges Kind, welches ihn dereinst allein beerben wird. Sabine hat, wie er mir durch einige Andeutungen zu verstehen gegeben hat, eine große Vorliebe für Dich, und wenn Du Dich entschließen könntest, sie zu heirathen, würde er sich bereit finden, Alles auf gütlichem, für uns befriedigenden Wege zu arrangiren. Jeder Eklat würde auf diese Weise beseitigt, unser Kredit neu gehoben werden, denn Du kannst wohl begreifen, daß der Alte seinen Schwiegersohn nicht wird zu Grunde gehen lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Hellberg-Breslau, nach welchem auf dem Wege der Gesetzgebung dahin gewirkt werden soll, daß Stadträthe und Schöffen in den Landgemeinden einer Bestätigung nicht mehr bedürfen. Zur „Theater-Zensur“ wurde folgender Antrag angenommen: Die Theater-Zensur, insbesondere in ihrer neuesten Handhabung in Preußen, widerspricht nicht nur den Vorschriften der preußischen Verfassungsurkunde, sondern stellt sich auch als eine schwere Beeinträchtigung der dramatischen Kunst dar. — Abg. Dr. Hirsch-Berlin befürwortet seinen Antrag betreffend die freien Hülfskassen. Der Parteitag möge Stellung nehmen gegen den Versuch der Regierung, diese uralte segensreiche Einrichtung zerstören zu wollen, nachdem man das freie Kassenwesen der Arbeiter immer mehr beschränkt habe. Dabei erkenne die Regierung selbst an, daß die freien Kassen mehr leisteten als die Zwangskassen. Auch ihre Vermögensverhältnisse seien besser. Das alles solle nunmehr ein Opfer der Büreaukratie werden. Dagegen müsse der Parteitag Stellung nehmen. Der Antrag wird angenommen. In Betreff der Wohnungsverhältnisse soll die Reichstagsfraktion ersucht werden, geeignete Schritte zu unternehmen, damit der Reichstagsbeschluß betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Wohnungsverhältnisse bald ausgeführt werde. Weiter sei noch folgender Antrag erwähnt, welcher gleichfalls zur Annahme gelangte: „In Anbetracht der immer mehr steigenden Staatslasten und der ebenfalls wachsenden Provinzial-, Kreis-, Kommunal- und Kirchenlasten, deren Aufbringung nach Prozentsätzen der Staatseinkommensteuer erfolgt, hält es der Parteitag für eine dringende Forderung der Gerechtigkeit, daß die Steuereinschätzungen in Stadt und Land derart gleichmäßig erfolgen, daß Personen von gleichem Einkommen und gleicher Leistungsfähigkeit zu gleichen Steuern herangezogen werden.“

Aus dem Reiche.

Ueber das Befinden der **Kaiserin Friedrich** veröffentlicht der „Reichsanz.“ folgendes Bulletin: Die Besserung in dem Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Friedrich hat weitere Fortschritte gemacht. Das Herz ist so gekräftigt, daß Ihre Majestät heute zum ersten Mal eine Stunde außer Bett verweilen konnte. Bei andauernd guter Nahrungsaufnahme ist eine Hebung der Kräfte bald zu erwarten. Das die Neuralgien verursachende chronische Leiden giebt zu Besorgnissen gegenwärtig keine Veranlassung. — **Reichskanzler Graf Bülow** hat gestern auch den Berliner Gesandten der deutschen Bundesstaaten Besuche abgestattet. — In Münchener Regierungskreisen verlautet, Reichskanzler Graf Bülow werde demnächst an den Höfen von Baiern, Sachsen und Baden Antrittsbesuche abstatten. — Die Feier der Enthüllung des **Denkmals Kaiser Wilhelms des Großen** in Hildesheim ist von dem Kaiser auf den 31. Oktober festgesetzt worden. — In Leipzig wurden gestern in Gegenwart des Geheimraths Prof. Dr. His, des Anatomen der dortigen Universität, sowie des Pfarrers an St. Johannis, Lic. theol. Dr. Nuting, die Gebeine des Dichters **Christian Fürchtegott Gellert** aus dem hinter der Johanniskirche belegenen Grabe herausgenommen und in einem Sarkophage in der gewölbten Gruft beigesetzt, die in der erneuerten Johanniskirche zu diesem Zwecke errichtet wurde. — In Schleswig fand gestern Mittag die Grundsteinlegung für ein neues **Vereinshaus** des Vaterländischen Frauenvereins im Beisein des Oberpräsidenten Staatsministers v. Köller und seiner Gemahlin, sowie der Spitzen der Zivil- und Militärbehörden statt.

Ausland.

In **Rom** wurde durch das Entgegenkommen des österreichischen Botschafters beim Vatikan, Grafen Revertera, ein Pilgerzug aus Brixen (Südtirol) im Botschafterpalais in einem großen Saal beherbergt. Monsignore Nagel begrüßte die Pilger und sagte u. a.: „Wir befinden uns hier im Botschaftshaus auf österreichischem Boden, außerhalb des Machtbereiches italienischer Gewalthaber, und können somit uns ohne Furcht aussprechen.“ Es ist dies binnen Kurzem die zweite Italien feindliche Kundgebung auf dieser Botschaft.

In **New-York** ist der ehemalige Staatssekretär John Sherman gestorben.

Provinzielle Umschau.

Bei der Station **Martinsdorf** bei Stralsund wurde vorgestern Morgen ein Milchfuhrwerk des Gutes Zansebuhr von einem Güterzug überfahren, das Fuhrwerk wurde vollständig zertrümmert, der Wagenführer, Kutscher Ewert, schwer verletzt und ein Pferd getödtet. — Der Lehrer Schultz in **Behrenshagen** bei Damgarten beging sein 50jähriges Amtsjubiläum. — In **Anklam** begeht am 30. Oktober der Rentier Rühl sein 60jähriges Bürgerjubiläum. — In **Neustettin** wüthete am Sonnabend Abend eine schwere Feuersbrunst, welche fast die ganze Nacht anhielt. Es brannte auf dem Terrain der Schreiber'schen Holzbearbeitungsfabrik an der Forst- und Bismarckstraße. Sämtliche Fabrikgebäude sowie das auf dem Platze lagernde Holz, Bretter und sonstige Fabrikate sind in Schutt und Asche gelegt. Der angerichtete Schaden, welchen die Elberfelder Versicherungs-Gesellschaft zu tragen hat, wird auf ca. 150 000 Mark geschätzt.

Literatur.

„Kunstwart“. Herausgeber Ferd. Avenarius, Dresden. Verlag Georg D. W. Callwey, München (vierteljährlich 3 Mark, das einzelne Heft 60 Pfg.). Inhalt des zweiten Oktoberheftes: Vom Veräußerlichen. Vom Herausgeber. — Ein Buch vom deutschen Drama. Von Karl Berger. — Ein Brief Friedrich Nietzsches über Metrik. — Musik-Geschichte. 4. Von Georg Göhler. — Kulturarbeiten 2. Von Paul Schultze-Naumburg. — Lose Blätter: Aus Karl Hauptmanns „Tagebuch“. Gedichte von Arthur Fitger. — Rundschau: Etwas von deutscher Kritik und deutschem Stil. Das deutsche Schauspielhaus in Hamburg. Der Gluck-Zyklus am deutschen Theater in Prag. Die Saison. Arbeiter-Konzerte. Deutsche Männergesangvereine in Paris. „Geschichte der Malerei“ von Richard Muther. Die Mängel der Gartenkunst und Blumenbinderei. Eine Petition um Hecken. Wie's gemacht wird. — Notenbeilagen: Rezitativ und Arie aus Glucks „Paris und Helena“. — Bilderbeilagen: Albrecht Dürer, Peter von Cornelius, die apokalyptischen Reiter; Arnold Böcklin, Franz Stuck, der Krieg.

James Connor, Französisch-Deutsch-Englisches Konversationsbüchlein zum Gebrauch in Schulen und auf Reisen. Zwölfte Auflage. Heidelberg bei Julius Groos. Das Buch ist, wenn sich zwei in englische oder französische Sprache einleben wollen, überaus praktisch. Der eine sagt den deutschen Satz, der andere übersetzt ihn französisch bezw. englisch, nach weiterer Uebung sagt der eine den französischen Satz und der andere übersetzt ihn englisch u. s. w. [215]

Gerichts-Zeitung.

Konitz, 22. Oktober. In dem Prozeß wegen wissentlichen Meineids gegen den Kaufmann Jakob Jacoby aus Tuchel wurde der Angeklagte heute zu einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt und es wurde die sofortige Verhaftung Jacobys angeordnet.

— Um ein Vermögen von 500 000 Mark ungefähr dreht sich ein Prozeß, den in Elberfeld bei der 2. Zivilkammer des Landgerichts die Rentnerin Margarethe Orth von Barmen gegen die Barmer katholische Pfarrgemeinde zum heiligen Antonius angestrengt hat. Die Klägerin wohnte seit langen Jahren mit ihrem am 11. Dezember 1898 verstorbenen Bruder, dem früheren Bäckermeister, späteren Rentner Wilhelm Orth zusammen und führte ihm den Haushalt. Als abgemacht galt es zwischen Beiden, daß der Ueberlebende alleiniger Besitzer des gesamten Vermögens sein solle, das Beide besaßen; allein als nach dem Tode des Wilhelm Orth dessen notarielles Testament geöffnet wurde, hieß es darin, daß sein ganzes Vermögen der genannten katholischen Gemeinde zufallen solle. Dieses Testament wird nun von der Margarethe Orth angefochten. Die Klägerin sagt, sie habe das Vermögen zum Theil miterworben, ihr Bruder sei deshalb nicht berechtigt gewesen, allein darüber zu verfügen; sie ficht die Gültigkeit des Testaments ferner mit der Behauptung an, es sei lediglich unter der Einwirkung eines katholischen Geistlichen, der den Verstorbenen am Sterbebette häufig besucht habe, zu Stande gekommen, und zwar in der vorliegenden Fassung gegen den Willen des Todten. Dagegen beruft sich die beklagte Partei auf einen in ihrem Besitze befindlichen Zettel, worauf die Klägerin mit ihrer Namensunterschrift erklärt, daß sie gegen Zahlung von 50 000 Mark auf weitere Erbansprüche verzichte. Die Klägerin wiederum behauptet, daß sie diese ihre Unterschrift nur unter ganz eigenartigen Umständen gegeben und jedenfalls den Inhalt des Zettels nicht gekannt habe. Auf den Ausgang dieses Prozesses ist man allgemein gespannt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Oktober. Der Kaiser hat die Rothe Kreuz-Medaille dritter Klasse verliehen den Herren Polizeipräsident Schröter, Maurerpolier Gottfried Hoffmann, beide zu Stettin; Superintendent Otto Friedemann zu Greifenberg i. P.; Frau Pastor Marie Pauli, geb. Seyde, Frau Bürgermeister Emma Adelheid Christiana Sternberg, geb. Schenk, beide zu Stettin; Frau Justizrath Louise Bauck, geb. Freiin Prinz von Buckau, Frau Amtsgerichtsrath Rosalie Feitscher, geb. Doring, beide zu Lauenburg; Frau Major Mathilde Valeska Heidsieck, geb. Kempe, zu Stargard; Frau Rittmeister Kieckebusch zu Pomellen, Kreis Randow; Frau Kirchenprobst Johanna Lilie, geb. Reinecke, zu Horst; Frau Hofpächter Henriette Louise Lüdemann, geb. Wilkens, zu Hohenfelde.

— Das **Stadttheater** bringt morgen Mittwoch die erste Aufführung der Operette „Der Mikado“ mit vollständig neuer Kostüm-Ausstattung. Das heitere Werk hat hier seinerzeit einen großen Erfolg gehabt und dürfte auch jetzt seine Anziehungskraft nicht verfehlen.

— Im **Bellevue-Theater** findet morgen Mittwoch wieder eine Aufführung des Lustspiels „Ein unbeschriebenes Blatt“, welches sich fortgesetzt als zugkräftig erweist, statt. Am Donnerstag konzertirt im Bellevue-Saal wieder die Kapelle des Pionier-Bataillons.

— **Symphonie-Konzert.** Ueber Therese Behr, welche am Donnerstag hier im Symphonie-Konzert auftritt, schreibt die „Königsberger Zeitung“ u. a.: Die Sängerin, welche in Berlin eine begeisterte Aufnahme gefunden hat und als die berufene Nachfolgerin von Hermine Spieß bezeichnet wird, besitzt eine wundervolle Altstimme, die in verschiedenen Lagen, besonders aber im Kopfregister, einen berückenden, sammetweichen Timbre aufweist. Der musikalische Vortrag ist vollendet. — Die symphonischen Werke, welche zum Vortrag kommen, von den nordischen Komponisten Gade, Hamerik und Hallén, zeichnen sich durch schöne Erfindung und glänzende Instrumentirung aus, so daß ein großer Kunstgenuß zu erwarten ist.

Stettin, 23. Oktober. Die Herren Stadtverordneten Blau, Braesel, Dr. Delbrück, Kuhk, Lippmann, Schroeder, Sieber und Wechselmann versuchen in einer Inserte in hiesigen öffentlichen Blättern die Stettiner Steuerzahler vor angeblichen Steuerplänen des Stettiner Grundbesitzer-Vereins sowie der Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten graulich zu machen.

Richtig an diesen Ausführungen ist nur, daß ich meinerseits im Februar d. J. den Antrag stellte, unsere Steuerordnung folgendermaßen einzurichten: Die staatlich veranlagten Realsteuern werden mit 150 Prozent erhoben, bis die Staatseinkommensteuer mit 150 Prozent belastet ist. Von dem Mehrbetrage an aufzubringenden Steuern werden für jedes Prozent der veranlagten Realsteuern zwei Prozent der Staatseinkommensteuer erhoben.

Ich würde es nun verstehen, wenn die Herren Blau und Genossen mich wegen dieses Antrages angriffen. Dagegen ist es nicht anständig, wenn die Herren Blau und Genossen wegen dieses meines Antrages die Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter oder aber den Vorstand des Stettiner Grundbesitzer-Vereins anzugreifen versuchen.

Gerade der Vorstand des Stettiner Grundbesitzer-Vereins war es im Gegentheil, der mich dazu bestimmte, diesen Antrag wieder zurückzuziehen. Der Vorstand des Stettiner Grundbesitzer-Vereins hat daher gerade das gethan, was die Herren Blau und Genossen wünschen! Was haben die Herren Blau und Genossen an dem Vorstand des Stettiner Grundbesitzer-Vereins daher noch zu tadeln? Und wenn mein Antrag ferner so rechtzeitig zurückgezogen wurde, daß die Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter sich überhaupt nicht mit ihm beschäftigt hat; was haben die Herren Blau und Genossen denn gegen diese Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter zu wüthen! Ich kann nur annehmen, daß ich, wie schon öfters, den Herren Blau, Braesel, Delbrück, Lippmann u. s. w. so auch diesmal als das bekannte rothe Tuch erschienen bin, gegen welches ein gewisses Hornvieh blindlings anzustürmen pflegt. Jedenfalls haben die Herren auch diesmal gut vorbeigestoßen.

Ebenso wenig trifft die liebenswürdige Verleumdung der Herren Blau und Genossen zu, als hätte ich oder der übrige Vorstand des Stettiner Grundbesitzer-Vereins oder die Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter diesen Antrag „mit Rücksicht auf die Wahlen“ zurückgezogen. Der Antrag ist ja schon im Februar gestellt und schon in nächster Stadtverordnetenversammlung wieder zurückgezogen, die Wahlen sind doch aber erst im November. Es wäre doch etwas übertriebene Sorge gewesen, wenn ich schon neun Monate vorher mich vor den Wahlen gefürchtet hätte; so ängstlich bin ich nicht veranlagt! Es sind vielmehr lediglich sachliche Gründe gewesen, insbesondere die Erfahrungen, welche Breslau mit einer Grundsteuerordnung nach dem gemeinen Werth gemacht hatte, welche mich bewogen, den übrigen Herren Vorstandsmitgliedern des Grundbesitzervereins Gehör zu geben und meinen Antrag zurückzuziehen.

Lächerlich ferner ist die Behauptung der Herren Blau und Genossen, die hiesigen Grundbesitzer folgten mir nur, weil ich ihnen „Versprechungen machte!“ Es wird im Stettiner Grundbesitzer-Verein sehr viel ernster gearbeitet als mit Versprechungen! Versprechungen und Lügen haben bekanntlich nur sehr kurze Beine, ich würde damit nicht weit kommen! Aber bedarf es denn überhaupt irgend welcher Versprechungen? Die ganze neuere Gesetzgebung, das Kommunalabgabengesetz u. s. w. haben in dem städtischen Grundbesitz überhaupt das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit geweckt! Ja, diese Bewegung nimmt von Tag zu Tag zu, und erstarkt je länger je mehr! Und besonders in Stettin; da sorgt doch wirklich die Menge der Abgaben, der Magistrat, die Baupolizei hinreichend dafür, daß die hiesigen Hausbesitzer zusammenhalten und zusammenhalten müssen; und wenn dann noch die drei Mitunterzeichner des Aufrufes der Herren Blau und Genossen, die Herren Braesel, Dr. Delbrück und Wechselmann die Gelegenheit mit den Haaren herbeiziehen, in ganz unnützer Scharfmacherei die hiesige Baupolizei aufzuhetzen — was bedarf es noch irgend welcher Versprechungen meinerseits? Die Herren Braesel, Dr. Delbrück und Wechselmann treiben ja die Herren Hausbesitzer förmlich mit Peitschenhieben in das gegnerische Lager!

Aber ich schreibe nicht deshalb! Ich möchte vielmehr im Wesentlichen einige Worte für meinen oben erwähnten Antrag sagen. Und da beruhigt es mich schon von vornherein, daß die größte Finanzkapazität, welche die Partei der Herren Blau und Genossen, die frühere Stadtverordnetenmajorität, je gehabt hat, nämlich ihr früherer Parteigenosse Herr B. Cohn schon Ende 1893 ganz denselben oben erwähnten Antrag gestellt hat. Ich habe daher das Glück, mich mit dem obigen Antrage nicht nur in sehr anständiger Gesellschaft, sondern sogar in Gesellschaft der ersten Finanzkapazität des gegnerischen Lagers selbst zu bewegen. Weshalb haben denn die Herren Blau, Schroeder und Sieber, die doch auch schon damals Stadtverordnete waren, nicht ebenso gegen Herrn Cohn vom Leder gezogen, wie sie es jetzt gegen mich thun! Freilich damals galt es nicht, einen Gegner zu verleumden!

Aber ist der Antrag Cohn-Graßmann denn überhaupt wirklich so schlecht? Niemand freilich bezahlt gerne Steuern, aber ohne dieselben geht es doch nun einmal nicht; und es fragt sich daher nur, wie müssen die Steuern vertheilt werden, damit sie sich in ihrer Wirkung möglichst wenig fühlbar machen. Und da will es mir wenigstens scheinen, als kämen bei dem Antrage Cohn-Graßmann mindestens 95 Prozent aller Steuerzahler sehr viel besser weg, als bei der jetzigen Steuerordnung; und ich hoffe, das auch im Folgenden zahlenmäßig zu beweisen.

Die jetzige Steuerordnung ist ja überhaupt nur dadurch zu Stande gekommen, daß man Ende 1893 noch mit einhundertprozentigen Zuschlägen zur Einkommensteuer längere Zeit auskommen zu können hoffte, und Stettin nicht gern unter die Genehmigungsklausel des § 55 des K.-A.-G. stellen wollte. Als man schon nach einem Jahre sah, daß man doch auf höhere Zuschläge kommen müsse, erklärten mehrere Stadtverordnete, wie z. B. Herr Klitscher: Ja, wenn der gute Mann (der ehemalige Stadtkämmerer Matting) uns das gesagt hätte, daß wir nur ein Jahr mit hundert Prozentzuschlägen durchkämen, dann hätten wir alle Steuern (Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) einheitlich auf 120 Prozent festgesetzt, dann wäre alles zufrieden gewesen, und wir hätten den ganzen Aerger mit den Hausbesitzern nicht. Dem mag nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls haben die jetzt bestehenden Steuerordnungen den Zweck, die Einkommensteuer möglichst zu schonen und dafür — wenn wir die Gewerbesteuer als unwesentlich aus der Betrachtung fort lassen — die Gebäude möglichst zu belasten, so weit beides eben nach dem Kommunalabgabengesetz überhaupt noch gesetzlich zulässig ist. Es fragt sich nun, liegt dieser Zweck wirklich im Interesse der großen Mehrzahl der Steuerzahler, und haben sich diese Steuerordnungen in ihren Wirkungen bewährt oder nicht!

Gewiß haben die Steuerzahler an Einkommensteuer etwas gespart. Wären Einkommen- und Gebäudesteuer nach der Klitscher'schen Anschauung mit gleichen Prozentzuschlägen belastet, so würden die Steuerzahler statt 114 Prozent jetzt 138 Prozent Zuschlag zu zahlen haben. Würde nach dem Antrage Cohn-Graßmann verfahren, so würden die Steuerzahler jetzt 129 Prozent Einkommensteuer zu zahlen haben. Diese 15 Prozent Einkommensteuer müssen bei Aufmachung der Rechnung den Steuerzahlern also als Ersparniß gut gebracht werden.

Nun steht aber auf der anderen Seite die Summe, welche durch die jetzt bestehende hohe Belastung der Gebäude von den Steuerzahlern mehr ausgegeben worden ist und ausgegeben werden muß. Diese Belastung der Gebäude beträgt jetzt u. A. in runden Summen, Grund- und Gebäudesteuer 1 200 000 Mark, Umsatzsteuer 400 000, Kanalisationsgebühren 210 000 Mark, Straßenreinigungsgebühren 143 000 Mark, also allein in diesen vier Positionen 1 953 000 Mark oder 100 000 Mark mehr als die ganze Einkommensteuer

203. Königl. Preuß. Klassenlotterie.

4. Klasse. Ziehung am 22. Oktober 1900. (Vorm.)

Nur die Gewinne über 220 Mk. sind in Parenthesen beigefügt.

(Ohne Gewähr. A. St.-A. f. Z.)

150 396 431 738 887 1202 347 56 413 (300) 48 89 [illegible]

(300) 548 633 871 942 113230 382 507 638 921 67 114018 74 75 (500) 162 207 36 492 696 (3000) 860 915 115259 (500) 352 70 463 570 77 (3000) 703 801 911 116032 101 220 (3000) 324 400 (300) 628 711 26 910 98 117011 43 97 158 208 9 13 22 358 59 84 449 88 576 691 742 850 (1000) 118067 220 67 (300) 96 385 486 754 (500) 87 91 98 119005 63 214 324 705 8 12 29 40 50 [illegible]

203. Königl. Preuß. Klassenlotterie.

4. Klasse. Ziehung am 22. Oktober 1900. (Nachm.)

Nur die Gewinne über 220 Mk. sind in Parenthesen beigefügt.

(Ohne Gewähr. A. St.-A. f. Z.)

19 (3000) 111 24 278 385 540 73 1005 20 51 149 [illegible]

429 515 681 723 60 957 116066 111 83 705 47 830 975 117089 142 374 473 543 (500) 86 710 63 118054 106 23 41 406 514 (500) 27 655 725 119126 424 605 782 896 997 (300)

120076 427 41 550 636 721 973 121057 62 (500) 179 225 338 411 710 947 (500) 122067 139 73 256 517 699 907 77 123009 207 (5000) 26 360 548 69 629 68 124237 43 309 472 559 707 861 951 61 125367 [illegible]

[illegible] 697 801 29 922 97 219010 331 658 755 891 953

220013 289 351 443 676 721 88 893 939 221140 439 80 509 49 86 635 52 61 703 76 887 222103 5 66 89 202 320 39 84 472 571 731 (300) 50 855 223090 94 161 343 52 433 592 (300) 666 81 842 925 47 224076 115 424 91 543 46 78 611 73 94 (1000) 736 905 75 (300) 225126 37 242 362 86 436

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gew. à 500 000 Mk., 2 à 200 000 Mk., 2 à 150 000 Mk., 2 à 100 000 Mk., 1 à 75 000 Mk., 2 à 50 000 Mk., 1 à 40 000 Mk., 9 à 30 000 Mk., 22 à 15 000 Mk., 44 à 10 000 Mk., 91 à 5000 Mk., 1292 à 3000 Mk., 1399 à 1000 Mk., 1664 à 500 Mk.

nach dem Etat aufbringt. Dazu kommen noch der Profit von der Wasserleitung, den die Gebäude mit über 250 000 Mark zu bezahlen haben und vieles andere, so daß die Totalbelastung der Gebäude in Stettin sich auf mindestens drei Millionen Mark beläuft.

Freilich sagen nun die Gegner alles dies bezahlen ja die Hausbesitzer, und wenn denselben irgend etwas davon erlassen wird, so ist das „ein Geschenk“ an die Hausbesitzer.

Aber einen Augenblick! die Hausbesitzer legen diese Beträge zwar aus, aber doch nur um sie von den Miethern wieder einzuziehen. Denn z. B. die Hauptausgabe, die Gebäudesteuer, besteuert doch nicht das Holz und den Stein, sondern den Ertrag des Gebäudes, also die Wohnungen! Aus wie sollen denn alle diese Ausgaben von den Hausbesitzern aufgebracht werden, wenn nicht aus den Miethen? Alle diese Ausgaben mögen sie noch so anders klingende Namen haben, müssen daher in letzter Linie doch von den Miethern aufgebracht werden, alle Gebäudesteuern 2c. sind daher Nichts als indirekte Wohnungssteuern, indirekte Vertheuerungen der Miethen.

Und nun sage auch ich: Aufgepaßt, aber doppelt aufgepaßt! Hat denn die große Mehrzahl der Steuerzahler einen Vortheil davon, wenn so zwar die Einkommensteuer etwas billiger wird, dafür aber die Miethen durch das jetzige Steuersystem um so mehr in die Höhe getrieben sind! Ich fürchte, daß für die paar Pfennig, welche an der Einkommensteuer erspart werden, die große Mehrzahl der Steuerzahler eben so viel Mark für Miethe opfern muß! Das ist nicht nur hier der Fall, sondern in allen Städten, die dasselbe Steuersystem haben wie Stettin, wie z. B. auch in Berlin, Kiel 2c. In allen diesen Städten sind die Miethen seit 1894 in Folge der höhern Belastung der Gebäude auch sehr wesentlich gestiegen.

Und nun sage ich wieder: Aufgepaßt und doppelt aufgepaßt! Wie alle indirekten Steuern, die Gebäudesteuer, die Salzsteuer 2c., trifft auch diese indirekte Wohnungs- und Miethssteuer hauptsächlich den kleinen Mann, den Arbeiter, den Handwerker, den Beamten, die breiten Schichten des Mittelstandes. Denn der Arbeiter muß durchschnittlich ein Viertel seines Einkommens für die Miethe geben, der Handwerker und Beamte etwa ein Fünftel — während die reichen Leute mit 50 000 Mark Einkommen und mehr nur wenige Prozente davon für Miethe anzulegen haben. Der Arbeiter, der Handwerker, der Beamte wird also mit einem verhältnißmäßig sehr viel größern Theil seines Einkommens zu dieser indirekten Wohnungs- und Miethssteuer herangezogen wie der reiche Mann.

Ja und jetzt läßt sich auch ein Konto an einzelnen Beispielen aufmachen, ob denn das jetzige Steuersystem wirklich für die große Mehrzahl der Steuerzahler ein Segen ist oder nicht. Ein Arbeiter mit einem Einkommen von 900 bis 1050 Mark, der mit 6 Mark zur Einkommensteuer veranlagt ist, würde nach dem Antrag Cohn-Graßmann allerdings jährlich ganze 90 Pfennig an Steuern an die Stadt mehr zu zahlen haben, als jetzt. Seine Wohnung aber, die er 1894 mit durchschnittlich 180 Mark haben konnte, kostet ihm jetzt wenigstens 216 Mark, also 36 Mark mehr. Ein Steuerzahler mit einem Einkommen von 3000 Mark, der zu 52 Mark Einkommensteuer veranlagt ist, würde nach dem Antrag Cohn-Graßmann allerdings jährlich 7 Mark 80 Pf. an Einkommensteuer mehr zu zahlen haben, seine Wohnung aber, die er früher mit 420 bis 540 Mark haben konnte, kostet ihm jetzt mindestens 480 bis 660 Mark. Ein Herr mit einem Einkommen von 6000 Mark würde nach dem Antrage Cohn-Graßmann allerdings jährlich 21 Mark 90 Pf. an Einkommensteuer mehr zu zahlen haben, seine Wohnung aber, die er früher mit vielleicht 800 Mark haben konnte, wird ihm jetzt mindestens 1000 Mark kosten. Und selbst ein Steuerzahler von 9500 Mark würde nach dem Antrage Cohn-Graßmann an Einkommensteuer allerdings jährlich 41 Mark 40 Pf. mehr an die Stadt zu zahlen haben, dafür hat er aber jetzt auch sicher mindestens 200 Mark für seine Wohnung mehr zu zahlen. Ich glaube nicht, daß auch nur einer dieser Steuerzahler, wenn er Einkommensteuer und Miethe zusammenrechnet, sich der Ueberzeugung verschließen kann, er mache bei dem jetzigen Steuersystem ein sehr schlechtes Geschäft!

Ich wenigstens kann diese Mehrbelastung des kleineren Mannes, wie sie die jetzt so hohen Abgaben auf die Gebäude nothwendig nach sich gezogen haben, für kein gutes Steuersystem halten. Aber leider liegt dieses jetzige Steuersystem im Interesse der Reichen! und so treten denn auch die reichen Herren Blau und Genossen für Beibehaltung des bisherigen Steuersystems auf Kosten der übrigen Steuerzahler ein.

Denn wer zahlt denn eigentlich die Einkommensteuer, deren Erhöhung die Herren Blau und Genossen so sehr fürchten? Im Wesentlichen doch nur eben diese reichen Herren selbst! Das läßt sich ziffernmäßig leicht beweisen. Denn wenn Stettin auch weit über 30 000 Zensiten hat, so sind doch fast neunzig Prozent davon nur zu Einkommen von 660 bis 3000 Mark eingeschätzt. Diese fast neun Zehntel aller Einkommensteuerzahler zahlen aber nicht etwa 20, sondern nur siebzehn Prozent des Einkommensteuerertrages. Es folgen dann die etwa dreitausend Einkommensteuerzahler mit Einkommen von 3000 bis 6000 Mark. Auch diese zahlen nur sechzehn Prozent des Ertrages. Und selbst die etwa tausend Einkommensteuerzahler mit Einkommen von 6000 bis 9500 Mark zahlen auch nicht mehr als zwölf Prozent des gesamten Einkommensteuerertrages! Was haben also alle diese von einer geringeren Erhöhung der Einkommensteuer sonderlich zu fürchten? Dagegen müssen allerdings die Einkommensteuerzahler mit über 9500 Mark Einkommen weit über die Hälfte der ganzen Einkommensteuer, nämlich volle fünfundfünfzig Prozent derselben, aufbringen! Das sind denn auch diejenigen, welche über die geringste Erhöhung der Einkommensteuer immer schreien, und die andern Steuerzahler vorschieben, nur damit sie selbst ein paar Mark mehr in ihrem Geldbeutel behalten! Aber ist es denn wirklich so ein Unglück, wenn diese reichsten Leute Stettins, wie die Herren Blau, Delbrück, Schroeder, Wechselmann, Zander u. s. w. etwas tiefer in das Portemonnaie greifen müssen? Die Herren mit Einkommen von über 9500 Mark habens doch am Ende dazu.

Jedenfalls sind die Interessen der übrigen 97 Prozent aller Einkommensteuerzahler von den Interessen dieser nur etwa tausend reichsten Leute Stettins durchaus verschieden! Diese tausend reichsten Leute Stettins mögen in erster Linie eine Einkommensteuererhöhung fürchten; für alle andern Steuerzahler aber ist eine Vertheuerung der Wohnung, wie sie durch unser jetziges Kommunalsteuersystem herbeigeführt ist, weit verhängnißvoller gewesen, als irgend eine bei dem Antrage Cohn-Graßmann in Betracht kommende Einkommensteuererhöhung sie jemals hätte treffen können.

Die große Mehrzahl aller Steuerzahler hat ganz im Gegentheil das Interesse, ein Kommunalsteuersystem zu haben, das so zum Leben nothwendige Dinge wie Wohnung und Wasser möglichst wenig vertheuert, selbst wenn die reichen Leute dadurch auch etwas mehr sollten bezahlen müssen.

Dr. G. Graßmann.

* In der Woche vom 14. bis 20. Oktober sind hierselbst 44 männliche und 28 weibliche, in Summa 72 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 41 Kinder unter 5 und 17 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 8 an Lebensschwäche, 7 an Durchfall und Brechdurchfall, 5 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 5 an katarrhalischem Fieber und Grippe, 4 an Abzehrung, 3 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 3 an anderen entzündlichen Krankheiten, 3 an chronischen Krankheiten, 2 an Gehirnkrankheiten und 1 an organischer Herzkrankheit. Von den Erwachsenen starben 7 an Krebskrankheiten, 7 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 5 an Schwindsucht, 3 an Gehirnkrankheiten, 2 an Schlagfluß, 2 an Entzündung des Unterleibs, 2 an organischen Herzkrankheiten und 2 in Folge von Unglücksfällen.

* Nach einer neu erlassenen Polizeiverordnung dürfen Sammelgruben nie soweit angefüllt werden, daß von dem Inhalt etwas oben durchsickert oder sonst abläuft. Die Gruben müssen vielmehr rechtzeitig, mindestens aber alle drei Wochen entleert und gereinigt werden. Außerdem können im sanitären Interesse Entleerungen, Reinigungen und Desinfektionen der Gruben angeordnet werden. Die betreffende Bekanntmachung erscheint im Inseratentheil unseres Blattes.

* In der Polytechnischen Gesellschaft findet am Freitag eine Gedächtnißfeier für zwei verstorbene Mitglieder, Stadtrath Bock und Geh. Kommerzienrath Dr. Delbrück statt. Der Gesangverein der Magistratsbeamten hat hierfür seine Mitwirkung zugesagt.

— Sudermann's Johannisfeuer wird im Bellevuetheater am Sonnabend zum ersten Male in Scene gehen. Die Proben unter persönlicher Leitung des Herrn Dir. Resemann sind bereits eifrig im Gange, Herr Resemann wird auch die männliche Hauptrolle, den „Vogelreuter“, selbst spielen, weiter sind in hervorragenden Partien beschäftigt die Damen Frls. Trimbach, Steinschreiber, Haagen und Jordan, sowie die Herren Jacoby und Waldmann.

* Der Stettiner Turnverein hielt gestern im kleinen Saale des Turnerheims seine halbjährliche Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Rühl, erstatteten Bericht über das verflossene Halbjahr ist zu entnehmen, daß der Verein an Mitgliedern der Männerabtheilung 860 (darunter 813 zahlende), in der Frauenabtheilung 160 und in der Jugendabtheilung 143 zählt. Die Bücherei hat einen Bestand von 948 Nummern (Bücher, Karten, Zeitschriften, Gesangstücke) aufzuweisen. Der erste Turnwart Julius Vollbrecht hat nach mehr als zehnjähriger Thätigkeit dies Amt niedergelegt, der Bericht gedenkt seiner mit Anerkennung. Aus den Einzelberichten theilen wir Folgendes mit: In der Männer-Abtheilung turnten an 50 Abenden 6180 Mitglieder, in der Frauenabtheilung an 48 Abenden deren 3784 und in der Jugendabtheilung an 52 Abenden 3447 Zöglinge. Zum ersten Turnwart wurde R. Hönicke berufen und an dessen Stelle als zweiter Turnwart Sutter gewählt. Das Stiftungsfest soll Anfang Februar nächsten Jahres in üblicher Weise durch Schauturnen, Festkommers und Ball gefeiert werden. — Am Freitag Abend veranstaltet der Verein in der großen Turnhalle eine Moltkefeier.

* Zu einer bösen Schlägerei kam es gestern Abend in der Bredower Straße. Zwei Arbeiter der Zementfabrik, die Brüder Iwer, wurden von anderen Arbeitern, die ihnen aufgelauert hatten, überfallen und schwer mißhandelt. Der eine Bruder trug Messerstiche am Kopf davon, der andere erhielt einen Stich ins Auge und ist Letzteres ausgelaufen. Die beiden Opfer der Schlägerei fanden in Bethanien Aufnahme, die Messerhelden sollen verhaftet sein.

* In der gestrigen Sitzung des Bezirksvereins vor dem Berliner Thor hielt Herr Kurz einen Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen er unterzog dabei den Aufruf des sogenannten „Wahlausschusses vereinigter liberaler Bürger“ einer Kritik und widerlegte treffend die darin enthaltenen Angriffe gegen die „Unabhängign Stadtverordneten“. An den Vortrag knüpfte sich eine längere Besprechung und wurden schließlich als Kandidaten des Vereins die Herren Stadtverordneten Lüdke (für den 3. Bezirk) und Malkewitz (für den 4. Bezirk) aufgestellt. Die Vorstandswahl mußte auf eine spätere Sitzung vertagt werden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 23. Oktober. Zu der Nerger'schen Mordsache wird mitgetheilt, daß die letzten Zweifel an der Thäterschaft des Klempners Richard Müller, der von Anfang an unter dem Verdachte des Mordes stand, geschwunden sind, nachdem durch zwei Zeugen festgestellt worden ist, daß das Taschentuch, mittels dessen die Erstickung der Nerger herbeigeführt worden war, im Besitz des Richard Müller und noch wenige Stunden vor der Ermordung auch in seinem Besitz gewesen ist.

— Frau Gönczi wandte sich, als sie aus den Zeitungen erfuhr, daß Rechtsanwalt Dr. Herbert Fränkel für ihren zum Tode verurtheilten Mann eine Immediateingabe an den Kaiser um Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus einzureichen beabsichtigte, an den genannten Anwalt, um auch ihrerseits sich dem Gnadengesuche anzuschließen. Die Gelegenheit ist der beklagenswerthen Frau, welche von ihrer längeren Krankheit nunmehr genesen ist und bei einer geachteten Familie Aufnahme gefunden hat, gegeben worden. Es verlautet, daß die Anklagebehörde ihr Gutachten über das Gnadengesuch dahin abgegeben hat, daß dem ergangenen Urtheile sein Lauf gelassen werde.

— Neuerdings sind Eisenbahnunfälle wieder häufig genug vorgekommen, in besonderem Maße in den Rheingegenden. Ueber einen neuen wird aus Köln von gestern amtlich gemeldet: Auf dem Bahnhofe in Koblenz fuhr eine Rangirlokomotive, welche zwei nicht angekoppelte Wagen vor sich hatte, dem Zuge 104 nach, um denselben über mehrere in Folge Umbaues des Bahnhofes im Fahrgeleise befindliche Erhöhungen hinüberzuhelfen. Als die beiden Wagen auf dem Brechpunkt angekommen waren, rollten sie dem Schnellzuge in den tiefer liegenden Moselbahnhof nach und liefen auf den Zug auf. Zwölf bis fünfzehn Reisende erlitten Kontusionen.

— Der Missionar Romain, der im „himmlischen“ Reiche wirkte, erzählt Nachstehendes: „Einem Beamten war das ihm vom Kaiser anvertraute Siegel gestohlen worden und er kam im Falle der Aufdeckung in Gefahr, hingerichtet zu werden. Da wandte er sich an einen ihm bekannten Mandarin und klagte demselben seine große Noth. Letzterer fragte: „Hast Du Feinde?“ und erhielt die Antwort: „Der Vorsteher der Stadt ist mein Gegner, erfährt dieser den Verlust des Siegels, so ist es um mich geschehen.“ „Gut! so folge meinem Rath!“ entgegnete der Mandarin. „Bringe Deine Kostbarkeiten in den äußersten Flügel Deiner Wohnung, dann lege in einem Theil derselben Feuer an, mache Lärm und Dein Feind muß kraft seines Amtes herbeieilen und seine Befehle geben. Kommt er, so übergieb ihm in Gegenwart vieler Zeugen das Kästchen, in dem das Siegel verwahrt war, und sage ihm, daß Du nichts Werthvolleres besitzst, als dies vom Kaiser Dir anvertraute Gut, das Du ihm übergäbest; bis die Gefahr vorüber. Wenn er es war, der, um Dir zu schaden, das Siegel entwendete, wird er es wohl wieder in das Kästchen zurücklegen aus Furcht, Du möchtest ihn beschuldigen, es genommen oder verloren zu haben.“ Was der Mandarin vorausgesehen hatte, traf wirklich ein, das Siegel war bei der Zurückgabe des Kästchens in demselben.“

Dortmund, 22. Oktober. Die Polizei verhaftete acht Bremser, die fortgesetzt Eisenbahnsendungen beraubten. Die Diebstähle wurden bereits seit längerer Zeit ausgeführt, ohne daß es gelingen wollte, der Spitzbuben habhaft zu werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. Oktober. Der „Lok.-Anz.“ meldet aus Paris: Hier verlautet, daß die Verhandlungen der Vertreter der Mächte mit den chinesischen Bevollmächtigten vor Ende Oktober beginnen werden. Als Basis seien die französischen Programmpunkte angenommen. Doch glaubt man, daß die Frage des religiösen Protektorats in den Verhandlungen einen breiteren Raum einnehmen wird, als es noch vor Kurzem den Anschein hatte. Es heißt sogar, ein englisch-deutscher Vorschlag liege vor, welcher die vollständige Umgestaltung des den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Protektoratswesens abziele und allen an der Propaganda in China interessirten Mächten gleiche Rechte zuerkennen soll.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus London: Der Taotai Sching in Shanghai erhielt offizielle Depeschen, worin zugegeben wird, daß die chinesischen Regierungstruppen in Kwantung von der Reformer-Armee schwere Niederlagen erlitten haben. Die chinesischen Generale in Kwantung und Kwangsi verlangen Verstärkungen. Eine Depesche aus Swatow besagt, daß die Reformer auf Canton marschiren. Der vertretende Vizekönig Tschao in Canton hat seine Familie und Reichthümer nach Canton kommen lassen.

— Ein Telegramm des „Berl. Tagebl.“ aus London besagt: Wie amtlich gemeldet wird, griffen die Buren Freitag Fauresmith an. Der Angriff wurde jedoch von den Engländern zurückgeschlagen.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 23. Oktober. In Folge der Kohlentheuerung wird der Finanzminister einen Nachtragskredit von 3 Millionen Franks vom Parlament fordern müssen.

Gestern begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen eine große Falschmünzerbande, welche für ungefähr 200 000 Franks falsches Geld in Umlauf gesetzt hatte. Die Bande besteht aus vier Männern und drei Frauen. Der Führer derselben, ein gewisser Monnet, hatte mit einem Antheil des erzielten Gewinnes ein anarchistisches Organ, „Crie de Revolte“, begründet.

Das vom Minister des Aeußern vorbereitete Gelbbuch über die chinesischen Angelegenheiten wird sämtliche Dokumente bis zum 4. November enthalten und am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments, dem 6. November, publizirt werden.

In der Ausstellung erfolgte gestern Abend in der Gallerie, wo die Gasmotoren aufgestellt sind, eine heftige Explosion, welche 200 Meter weit vernommen wurde. Ein Gasmotor war explodirt, wodurch fünf Personen verwundet wurden, unter ihnen der frühere belgische Abgeordnete de Somzee. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Katastrophe durch Ansammlung von Gasen unter dem Fußboden erfolgt ist.

Madrid, 23. Oktober. Das neue Kabinet ist folgendermaßen gebildet: Azcarragas Präsident, Linares Krieg, Lazzaga Marine, Ugarte Inneres, Aguilas Campo Auswärtiges, Badillo Justiz, Allendesalazar Finanzen.

Die Minister des neuen Kabinets werden heute in Madrid den Eid ablegen. Den bisher noch unbesetzten Posten eines Marineministers wird wahrscheinlich der Admiral Churucca übernehmen. — Sagasta erklärte in einem Interview, wenn es auch Azcarraga gelungen sei, ein neues Ministerium zu bilden, so werde dasselbe jedenfalls doch nur von geringer Dauer sein. — General Weyler hielt gestern Nachmittag bei seiner Einführung in sein Amt als Generalkapitän von Madrid eine Ansprache an die Generäle und Obersten der Garnison Madrids, in welcher er ihnen die strenge Beobachtung der Disziplin und freundschaftlichen Zusammenschluß anempfahl, mit dem Hinzufügen, daß die Armee keineswegs für die jüngsten Katastrophen im Vaterlande verantwortlich gemacht werden könne.

Börsen-Bericht.

Getreidepreis-Notirungen der Landwirthschaftskammer für Pommern.

Am 23. Oktober wurde für inländisches Getreide in nachstehenden Bezirken gezahlt:

Stettin: Roggen 138,00 bis 139,00, Weizen 148,00 bis 149,00, Gerste 140,00 bis 145,00, Hafer 130,00 bis 140,00, Raps —,— bis —,—, Rübsen —,— bis —,—, Kartoffeln 28,00 bis 32,00 Mark.

Platz Stettin (nach Ermittelung): Roggen alt —,—, neu 139,00, Weizen 149,00, Gerste neu 145,00, Hafer neu 140,00 bis —,—, Kartoffeln —,— Mark.

Stolp: Roggen 130,00 bis 135,00, Weizen 145,00 bis 150,00, Gerste 134,00 bis 150,00, Hafer 120,00 bis 127,00, Rübsen —,—, Kartoffeln 28,00 bis 30,00 Mark.

Platz Stolp: Roggen 130,00, Weizen 150,00, Gerste 150,00, Hafer 127,00 Mark.

Neustettin: Roggen 130,00 bis 141,00, Weizen 157,00 bis —,—, Gerste —,— bis —,—, Hafer 139,00 bis —,—, Saathafer —,— bis —,—, Kartoffeln —,— bis —,— Mark.

Platz Neustettin: (Kornhausnotiz.) Roggen 141,00, Weizen 157,00, Gerste —,—, Hafer 139,00 Mark.

Kolberg: Roggen 130,00 bis 138,00, Weizen 144,00 bis 148,00, Saatweizen —,—, Gerste 136,00 bis 140,00, Hafer 120,00 bis 126,00, Rübsen —,—, bis —,—, Kartoffeln 30,00 bis —,— Mark.

Naugard: Roggen 130,00 bis 135,00, Weizen —,— bis —,—, Gerste 132,00 bis 143,00, Hafer 120,00 bis 132,00, Raps —,— bis —,—, Rübsen —,— bis —,—, Kartoffeln 28,00 bis 36,00 Mark.

Anklam: Roggen 132,00 bis 140,00, Weizen 160,00 bis —,—, Gerste 135,00 bis —,—, Hafer 126,00 bis 132,00, Kartoffeln 30,00 bis 36,00 Mark.

Stralsund: Roggen —,— bis —,—, Weizen —,— bis —,—, Gerste 132,00 bis —,—, Hafer 130,00 bis 132,00, Raps —,—, Rübsen —,—, Kartoffeln 30,00 bis —,— Mark.

Magdeburg, 22. Oktober. Rohzucker. Abendbörse. (1. Produkt Terminpreise Transito fob Hamburg.) Per Oktober 9,65 G., 9,72½ B., per November 9,55 G., 9,57½ B., per November-Dezember 9,57½ G., 9,60 B., per Januar-März 9,75 G., 9,77½ B., per April-Mai 9,92½ G., 9,95 B., per Mai 9,95 G., 9,97½ B. Stimmung ruhig.

Bremen, 22. Oktober. Raffinirtes Petroleum loko 6,95 B. Schmalz fest. Wilcox in Tubs 38¾ Pf., Armor shield in Tubs 38¾ Pf., andere Marken in Doppel-Eimern 39½ Pf. — Speck stetig.

Voraussichtliches Wetter für Mittwoch, den 24. Oktober.

Veränderlich, starker Wolkenzug mit Niederschlägen.

Kirchliches.

Peter- und Paulskirche:
Mittwoch Abend 7 Uhr Bibelstunde: Herr Superintendent Fürer.

Grenzstr. 14, part. r.:
Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde: Herr Stadtmissionar Pilz.

Evangelisches Vereinshaus.
Mittwoch Abend 8 Uhr: Herr Pastor Springborn: „Glaubst Du an den Sohn Gottes?“

Brüdergemeine (Evangelisches Vereinshaus, Eing. Passauerstr., 1 Tr.):
Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde: Herr Prediger Boelkel.

Beringerstr. 77, part. r.:
Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde: Herr Stadtmissionar Blank.

Stettin, den 20. Oktober 1900.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§ 143 und 144 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird unter Zustimmung des Gemeindevorstandes folgende Polizei-Verordnung für den Polizeibezirk Stettin erlassen:

§ 1.

Die auf Grund der Polizei-Verordnung der hiesigen städtischen Polizei-Verwaltung vom 17. August 1900 („Stettiner Tageblatt“ Nr. 193 vom 19. August 1900) angelegten Sammelgruben dürfen nie so weit angefüllt werden, daß von dem Inhalt etwas nach oben durchdringt oder sonst abläuft, müssen vielmehr stets vorher, und zwar mindestens alle 3 Wochen einmal, geleert und gereinigt werden.

§ 2.

Außerdem müssen Reinigungen bezw. Entleerungen und Desinfektionen der Gruben unweigerlich jedesmal dann in der polizeilich anzugebenden Frist ausgeführt werden, wenn die Polizeibehörde bezw. der von ihr beauftragte Revier-Kommissar im sanitären Interesse hierzu auffordert.

§ 3.

Zur Reinigung verpflichtet ist der Grundstücksbesitzer bezw. Verwalter (Vice-Wirth).

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ bestraft und ziehen in geeigneten Fällen die sofortige zwangsweise polizeiliche Reinigung auf Kosten des Verpflichteten (§ 3) nach sich.

§ 5.

Diese Polizei-Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Der Polizei-Präsident.
Schroeter.

Familien-Nachrichten aus anderen Zeitungen.

Verlobt: Fräulein Henny Ziegler mit dem Kaufmann Herrn Hermann Niebuhr [Hamburg-Stettin].

Gestorben: Kaufmann Otto Eisbrecher, 50 J. [Stettin]. Gastwirth Karl Henning [Stralsund]. Gastwirth Werner Niemann [Medow]. Ewald Berndt [Pasewalk]. Bauerhofsbesitzer Wilhelm Leverenz [Gahnz]. Gastwirth August Petitjean, 65 J. [Zerrenthin]. Rittergutsbesitzer Claus von Puttkamer, 61 J. [Kl. Gustkow]. Kreisthierarzt a. D. Otto Göhring, 46 J. [Stolp]. Frau Amalie Groth geb. Jech, 76 J. [Varzin]. Frau Wilhelmine Riebe geb. Passow, 71 J. [Anklam]. Wittwe Christine Mascow geb. Hertel, 78 J. [Greifswald]. Frau Albertine Marten geb. Koch, 64 J. [Stargard]. Frau Johanna Holz geb. Holsten, 76 J. [Bergen a. Rügen]. Lehrer-Wittwe Emilie Kasten geb. Bork 65 J. [Stettin].

Stettin, den 23. Oktober 1900.

Bekanntmachung.

Behufs Einbau von Hydranten findet am Freitag, den 26. d Mts., Nachmittags von 1 Uhr ab auf etwa 8 Stunden eine Absperrung der Wasserleitung in der Birkenallee von der Grabower- bis zur Kronenhofstraße statt.

Der Magistrat, Gas- und Wasserl.-Deputation.

Zur Aufklärung für die Stettiner Steuerzahler!

Der sogenannte **„Wahlausschuß vereinigter liberaler Bürger“** (Freie Vereinigung der Stadtverordneten) beschäftigte sich in einem am Sonntag, den 21. d. Mts., in hiesigen Blättern veröffentlichten Aufruf an die Steuerzahler mit den Steuerplänen des Herrn Dr. Graßmann und legte diese Pläne **wider besseres Wissen** der „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten“ zur Last.

Es ist richtig, daß Herr Dr. Graßmann im Februar d. J. den Antrag gestellt hat: „Die staatlich veranlagten Realsteuern werden mit 150 % erhoben, bis die Staatseinkommensteuer mit 150 % belastet ist. Von dem Mehrbetrage an aufzubringenden Steuern werden für jedes Prozent der veranlagten Realsteuern 2 % der Staatseinkommensteuer erhoben.“

Dagegen ist es **unwahr,** daß die „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten“ oder wie es in dem Wahlaufruf heißt, die „hinter und um Herrn Dr. Graßmann befindlichen unabhängigen Stadtverordneten diesen Antrag unterstützt haben.

Es ist ferner **unwahr,** daß Herr Dr. Graßmann **mit Rücksicht auf die Wahlen“** von seinen Fraktionsgenossen veranlaßt worden sei, den Antrag zurückzuziehen.

Thatsache dagegen ist es, daß der Graßmann'sche Antrag **auf Veranlassung des Vorstandes des „Stettiner Grundbesitzervereins“** zurückgezogen worden ist.

Es ist weiter **Thatsache,** daß die „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter“ von diesem Antrage **überhaupt keine Kenntniß** gehabt hat.

Endlich **steht es fest,** daß den Führern unserer **gegnerischen** Fraktion alle diese Thatsachen **bekannt** waren.

Die von dem sogenannten Wahlausschuß vereinigter liberaler Bürger wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen über angebliche Steuerpläne unserer Vereinigung charakterisiren sich demnach als ein an Verleumdung grenzendes unwürdiges Wahlmanöver.

Auf diesem seinerzeit sofort zurückgezogenen, gar nicht zur Verhandlung gelangten und von der „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter“ **niemals erwogenen** oder angestrebten Steuerplane,

also auf einem reinen „Nichts“,

baut nun der sogenannte „Wahlausschuß vereinigter liberaler Bürger“ eine angeblich drohende **Mehrbelastung** der Steuerzahler von nicht weniger als

971,470 Mark

auf. Freilich läßt der Verfasser des Wahlaufrufs nach der Manier gewisser Handelsleute von dieser Summe sofort selbst die Kleinigkeit von ca. **einer halben Million** ab und führt damit **wider seinen Willen** den Beweis, daß er es mit seinen Zahlen **nur auf eine gröbliche Irreführung und Einschüchterung der Steuerzahler abgesehen hat.**

Der sogenannte „Wahlausschuß vereinigter liberaler Bürger“ erwähnt ferner den Antrag des Herrn Dr. Graßmann auf Uebernahme der **Straßenreinigungsgebühren** — zur Zeit 143 000 Mark — auf den „allgemeinen Stadtsäckel.“ Dieser durch eine **gerichtliche Entscheidung** veranlaßte Antrag wurde in der Stadtverordneten-Versammlung auf Befürwortung des Referenten Herrn **Braesel** — also gerade eines Mitgliedes des **gegnerischen** Wahlausschusses — sowie auf Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters **Haken** und **unter Zustimmung beider Fraktionen** behufs **Prüfung der Rechtsfrage** dem Magistrat zur Rückäußerung überwiesen. In der Debatte führte der Vorsitzende der „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten,“ der mitunterzeichnete Stadtverordnete **Malkewitz** ausdrücklich aus, daß es sich für ihn und seine Freunde in dieser Frage **einzig und allein um endgültige Feststellung des Rechtsstandpunktes** handle. Verschwiegen soll es indessen nicht werden, daß die Vertheilung der Straßenreinigungskosten nach dem hier bestehenden Ortsstatut **eine außerordentlich unglückliche und ungerechte** ist. In den Hauptstraßen der Stadt zahlen die Besitzer von **Millionenhäusern** einige wenige Mark, und die Straßenreinigung erfolgt meist täglich; dagegen zahlen die meist **unbemittelten** Besitzer geringwerthiger Grundstücke in den Außenbezirken für wöchentlich einmal oder zuweilen gar nicht stattfindende Reinigung nicht selten so hohe Straßenreinigungskosten, daß der Ertrag ihrer Grundstücke **auf ein Nichts** hinausläuft. Wenn auch eine solche Vertheilung den vielen **reichen** Hausbesitzern angenehm sein mag, als gerecht kann sie **nicht** bezeichnet werden.

Sodann erhebt der sogenannte „Wahlausschuß der vereinigten liberalen Bürger“ den Vorwurf, daß auf unsrer Seite das Bestreben obwalte, das **Gewerbe** durch Einführung einer besonderen, von der staatlichen losgelösten Steuer höher zu belasten.

Es ist **unwahr,** daß von unserer Seite eine höhere Steuerbelastung des gesammten Gewerbes beantragt gewesen sei; in Wahrheit handelte es sich seiner Zeit nur um eine besondere Besteuerung der **Großbetriebe (Aktiengesellschaften u. s. w.)** und zwar **ausgesprochener Maßen** zu dem Zweck, **eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer-Zuschläge zu verhüten** und sie womöglich auf den in Berlin erhobenen Satz von 100 pCt. **herabzusetzen.**

Die gewerblichen **Großbetriebe** verursachen jeder Kommune **ungewöhnlich große Ausgaben** für Schulen, Armenpflege, Verkehrsanstalten u. s. w. und tragen als **besondere** Kommunallast nur die sehr mäßigen Gewerbesteuerzuschläge bei; man vergleiche hiergegen die dem **Grundbesitz** auferlegten besonderen Steuern und Lasten, als da sind: die sehr hohe Grund- und Gebäudesteuer, Kanalisationsgebühr, Straßenreinigungsabgabe, Gas- und Wasserzins, Baukonsensgebühren, die ungewöhnlich hohen Kosten für Herstellung der Bürgersteige, Straßen und Kanäle, Verlegung von Gas- und Wasserrohren und die hohe Umsatzsteuer.

Bedenke man ferner, daß für **Stettin** seinerzeit gerade **das ungünstigste Verhältniß** der Einkommensteuer zu den Realsteuern — 2 : 3 — festgesetzt ist, während fast in allen übrigen preußischen Städten das Verhältniß von 1 : 1 gewählt wurde, so wird man gerechter Weise zugeben müssen, daß in Stettin der städtische Grundbesitz nicht nur „einen erheblichen Antheil“ an den städtischen Lasten trägt, sondern **eine ganz außergewöhnliche Belastung** erfahren hat. Trotzdem hat die „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten“ nicht die Absicht, das nun einmal bestehende Verhältniß der Einkommensteuer zu den Realsteuern zu ändern, in der Ueberzeugung, daß eine wesentliche Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer bei der Nähe Berlins sehr viele steuerkräftige Miether zum Nachtheile des Grundbesitzes aus Stettin vertreiben würde.

Wenn trotz dieser Thatsache unsere Gegner gegen den Stettiner Grundbesitz von einem **geradezu fanatischen Hasse** beseelt zu sein scheinen, wie die bei diesen Herren übliche Bezeichnung **„Hausagrarier“** beweist, so muß es die hiesigen Grundbesitzer sonderbar anmuthen, aus dem Munde dieser Herren zu hören, daß sie „den **berechtigten** Interessen des Grundbesitzes den weitesten Vorschub zu leisten geneigt seien und keine Ueberlastung der Stettiner Grundbesitzer wollen.“ Wir glauben, daß die Stettiner Grundbesitzer ihre Wölfe auch dann erkennen, wenn sie in Schafskleidern umherstolziren.

Die „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter“ hat **niemals „eigensüchtige Sonderinteressen“ vertreten, und weder dem Stettiner Grundbesitzerverein noch anderen Bevölkerungsklassen irgend welche Versprechungen gemacht,** „die sie einlösen müßte und einlösen würde“; sie hat vielmehr infolge ihrer Zusammensetzung stets **in sich selbst** die Kraft besessen, **einen Ausgleich aller sich geltend machenden, und oft widerstrebenden Interessen herbeizuführen und alle Sonderbestrebungen abzuweisen.**

Demnach ist es eine **grobe Entstellung der Wahrheit,** daß die „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter“ bestrebt sei, **„eine ungeheure Steuerabwälzung** von den Hausbesitzern auf die Einkommensteuerpflichtigen herbeizuführen. Wenn **wirklich** eine allgemeine Erhöhung der Steuern, auch der Einkommensteuer, **nothwendig** werden sollte, so sind daran **bestimmt nicht** die uns **fälschlich** untergeschobenen und gar nicht existirenden Steuerpläne der „Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter“, auch **nicht allein** die Eingemeindung der Vororte schuld, sondern **in erster Linie die durch die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit unserer Gegner begünstigte unwirthschaftliche und oft verschwenderische Verausgabung städtischer Mittel** auf vielen Gebieten der Verwaltung.

Seit Jahren sind **alle Mißstände** in der städtischen Verwaltung **nur von Mitgliedern unserer Vereinigung aufgedeckt** und Verbesserungen angeregt worden; seit Jahren ist **durch den Widerspruch unserer Vereinigung** die vom Magistrat beabsichtigte und von unseren Gegnern gutgeheißene **Steuererhöhung verhindert worden.**

Unsere Vereinigung wird **auch in Zukunft,** falls ihr das Vertrauen der Bürgerschaft erhalten bleibt, mit allen Kräften bestrebt sein,

durch Verhinderung unnöthiger Ausgaben und durch rücksichtslose Aufdeckung aller Mißstände eine gesunde Finanzpolitik zu treiben und nach Möglichkeit

eine Steuererhöhung fernzuhalten.

Im Namen der Vereinigung unabhängiger Stadtverordneter.

Julius Kurz. Prof. Dr. Kolisch. G. Malkewitz. A. Klein.